

Die Genossen im Rat der Stadt Friedland fördern eine aktive Gewerbepolitik

Die Förderung einer aktiven Gewerbepolitik ist ein Schwerpunkt für die Grundorganisation der SED im Rat der Stadt Friedland. Darin hat uns die 8. Tagung des ZK bestärkt, die auf den wichtigen Beitrag verwies, den Händler, Gastwirte und Handwerker unterschiedlicher Eigentumsformen für eine gute Versorgung leisten. Und die Aufforderung, die vielfältigen Initiativen des genossenschaftlichen und privaten Handwerks klug zu nutzen, spricht auch uns an. Die 8500 Einwohner Friedlands haben viele Bedürfnisse nach Dienstleistungen und Reparaturen.

Handwerk mit gesicherter Perspektive

Wenn wir in unserem Parteikollektiv, in der Volksvertretung oder im Rat der Stadt sowie direkt mit den Bürgern Fragen der Gewerbepolitik diskutieren, dann haben wir eine klare Position: Handwerker und Gewerbetreibende haben im Sozialismus einen festen Platz und eine gesicherte Perspektive. 40 Jahre Entwicklung der DDR sind zugleich 40 Jahre lebendige Bündnispolitik, aktive Mitwirkung der Handwerker und Gewerbetreibenden bei der Gestaltung des Sozialismus, der ihnen soziale Sicherheit und Geborgenheit brachte und günstige Möglichkeiten bietet, ihre Kräfte und Fähigkeiten für die Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Dienstleistungen und Reparaturen einzusetzen. Bei keinen unserer Gesprächspartner lassen wir den Gedanken keimen, Gewerbepolitik sei nicht „unser Brot“, Handwerk sei im Sozialismus nur eine zeitweilige Erscheinung. Nein - Handwerker und Gewerbetreibende werden im Sozialismus gebraucht, gehören

ohne Wenn und Aber zur sozialistischen Gesellschaft. Das ist eine eindeutige Aussage unserer Bündnispolitik, die von unserer Kreis- und Ortsleitung vertreten und von den Angehörigen der befreundeten Parteien unterstützt wird.

Für wichtig halten wir, daß das Ratskollektiv, voran die Genossen, seine Gesamtverantwortung für die Förderung einer aktiven Gewerbepolitik wahrnimmt. Deshalb stehen Fragen der Gewerbepolitik auch regelmäßig in den Mitgliederversammlungen, im Parteilehrjahr und in den Schulen der sozialistischen Arbeit ebenso wie in den Sitzungen der Volksvertretung und des Rates auf der Tagesordnung.

Unsere Grundorganisation hat darauf hingewirkt, daß im Rat auf der Grundlage einer gewissenhaften Analyse die Ergebnisse der Gewerbepolitik eingeschätzt und Schlußfolgerungen für die politische Arbeit zur Förderung von Handwerk und Gewerbe auf lange Sicht gezogen wurden. Das war die Ausgangsposition für eine Konzeption des Rates zur Entwicklung der örtlichen Versorgungswirtschaft. Und in den Mitgliederversammlungen als auch im Ratskollektiv wurde beraten, nach welchen Prinzipien die Gewerbepolitik gestaltet werden soll. Wichtigster Maßstab: Gewerbe werden dort und so gefördert, daß das Beste für das Wohl der Bürger, ein gut funktionierendes Alltagsleben, herauskommt.

Das war eine wichtige Voraussetzung für die Beratung in der Volksvertretung über ihre Verantwortung für die Förderung von Handwerk und Gewerbe. Dabei ging es um kontinuierliche politische

Leserbriefe

ideologische Arbeit aller Genossen den Kampfgeist, die Sachkenntnis und das Schöpferertum der Werktätigen herausforderte. In den Kreisen Templin, Strassburg und Pasewalk, wo neue agrarökonomische Zentren durch unseren Teilbetrieb und die Kooperationspartner entstehen, konnte bei Baustellenkontrollen festgestellt werden, daß unsere Kollektive für die Genossenschaftsbauern und Arbeiter der sozialistischen Landwirtschaft arbeits erleichternde, moderne Einrichtungen schaffen. Die Zwischenbilanz der Erfüllung unse-

res Kampfprogramms zum 7. Mai ergab zum Beispiel, daß die Kollektive auf den Baustellen in Haßleben, Trebenow, Grauenhagen und Züsedom sowie im Wirtschaftsbereich Prenzlau qualitätsgerecht den Plan erfüllt haben.

Natürlich gibt es bei der Erfüllung unserer Aufgaben auch Probleme und Ärgernisse. Jeder weiß, daß die Planerfüllung kein reibungsloser Prozeß ist. Solche Probleme und auch Störungen für den planmäßigen kontinuierlichen Bauablauf gab es z. B. in Trebenow-Kartoffellager, wo die

materielle Absicherung des Dachverbands und des Gasbetons nicht bzw. nicht termingerecht gewährleistet war. So etwas bringt Unruhe und Verärgierungen in die Kollektive, denn das erfordert Umstrukturierung, Veränderung geplanter Abläufe. Einige dieser Mängel stehen, dem Kampfprogramm entsprechend, nach wie vor unter Parteikontrolle.

Alfred Kersten
Parteisekretär im Betriebsteil Prenzlau
des VEB Landbaukombinat
Neubrandenburg